

## **WAHLPRÜFSTEINE LIVE-MUSIK**

### **Forderungen und Fragen an die Wahlkreiskandidatinnen und –kandidaten**

1.

Lassen Sie mich mit der Tür ins Haus fallen:

**Ich fordere**

**die Beendigung der staatlichen „Initiative Musik“, die Einstellung der Subventionen der „Initiative Musik“ und ihre Auflösung**

**und gleichzeitig: eine im Haushaltsjahr 2010 zu startende „Spielstätten-Förderung für Popkultur“, für die im Jahr 2010 erstmalig und als Start 50 Millionen Euro eingestellt werden (der Betrag darf nach oben erhöht und langfristig gesteigert werden).**

Kurze Begründung:

Die „Initiative Musik“, die jährlich 1,5 Millionen Euro zur Verfügung hat, ist auf mehreren Ebenen ein Witz – der Witz beginnt mit der Summe, die zur Verfügung gestellt wird und die wie ein Hohn wirkt, wenn man daneben die Subventionen für die sogenannte „E-Kultur“ betrachtet (allein die Berliner Opern werden jährlich mit 118,4 Mio. Euro subventioniert!). Inhaltlich geht es der „Initiative Musik“ um die Subvention von Popbands, deren Plattenfirmen (mit welcher Logik z.B. soll eine Chartsband wie „Polarkreis 18“, deren Album beim weltgrößten Musikkonzern „Universal“ erscheint, fünfstellig mit öffentlichen Geldern subventioniert werden?), und hauptsächlich um „Nation branding“ – deutsche Popmusik soll in Austin und Shanghai erklingen (siehe Presserklärung der Initiative Musik vom 12.8.d.J.).

Wir dagegen finden die Subventionierung von Popmusik mindestens degoutant – Popmusik definiert sich grundsätzlich eher „contra“ und benötigt keine staatlichen Zuschüsse – gute Popmusik setzt sich ohne Förderung international durch, wie die weltweiten Erfolge von Bands wie Kraftwerk, Rammstein (seufz...) oder Maximilian Hecker zeigen. Popmusik braucht keine Vereinnahmung des Staates.

Was allerdings das „französische Modell“, das Kulturminister Jacques Lang in den 90er Jahren entwickelt hat, beweist, ist, daß es Sinn macht, die **Herstellungsbedingungen** von Zeitkultur zu bezuschussen. Mit einer nennenswerten Spielstätten-Förderung können soziokulturelle Zentren vernünftig ausgestattet werden (P.A.s, Lichtenanlagen, Übungsräume für Musiker und Bands, Anbindung an örtliche Musikschulen usw.); wenn man Bedingungen verbessert, unter denen Popkultur entstehen kann, dann kann man die Popkultur getrost sich selber überlassen – da wird dann über Jahrzehnte etwas Kreatives, Tolles entstehen jenseits der Marktbedingungen und jenseits staatlicher Beeinflussung.

**Wir brauchen keinen Subventions-Pop, sondern wir brauchen bessere Möglichkeiten, daß Menschen kreativ werden können!**

Wie stehen Sie zu diesem Forderungs-Komplex? Werden Sie sich für eine umfassende Spielstätten-Förderung einsetzen? Werden Sie die Existenz der „Initiative Musik“ zumindest kritisch hinterfragen? (und: ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie inhaltlich zu diesen Themen Stellung nehmen würden, und darauf verzichten könnten, mich auf die föderalistische Struktur deutscher Kulturpolitik hinzuweisen – die ist bekannt; aber: wo ein Wille ist, etwas konstruktiv auf den Weg zu bringen, da ist auch ein Weg!).

2.

**Werden Sie sich dafür einsetzen, daß etablierte Spielstätten auch für Konzerte von „Zeitkultur“ zu vernünftigen Bedingungen zur Verfügung gestellt werden?**

Beispiele aus meiner europaweiten Tätigkeit: das „Southbank Centre London“, zu dem u.a. die Royal Festival Hall und die Queen Elizabeth Hall gehören, veranstaltet regelmäßig Konzerte der „Zeitkultur“ (u.a. Pop, World...), neben dem Programm mit den Philharmonischen Orchestern, Kammermusikkonzerten usw. Gleiches passiert in Wien (u.a. im „Konzerthaus“), in Paris usw., während hierzulande das Schubladendenken fröhliche Urständ feiert – wollen eine Band wie „Lambchop“ oder ein Künstler wie Lou Reed in Berlin in der Philharmonie auftreten, dann muß ein freier Konzertveranstalter den Saal für teures Geld anmieten – was letztendlich die Besucher mit deutlich erhöhten Eintrittspreisen

bezahlen. Dabei ist jeder Platz in der Philharmonie, jeder Platz in Opernhäusern etc. längst vom Steuerzahler hoch subventioniert – damit wir uns nicht mißverstehen: nichts gegen die Subvention von Hochkultur – aber bitte auch Subvention von Zeitkultur! Auch anspruchsvolle Popmusik sollte in öffentlichen Spielstätten zu günstigen Bedingungen stattfinden können!

3.

Die nächsten beiden Forderungen haben mit der sozialen Situation von Künstlern zu tun. Zunächst zur Künstlersozialkasse, diesem großartigen Konstrukt zur sozialen Absicherung von Künstlern, erfunden in den 70er Jahren:

Im Jahr 2000 wurde von der damaligen Bundesregierung der Bundeszuschuß zur Künstlersozialkasse deutlich gekürzt, was zur Folge hat, daß sich die finanzielle Ausstattung der Künstlersozialkasse verschlechtert hat, weswegen die Beiträge der sogenannten „Verwerter“ deutlich gestiegen sind. Dies bedeutet in unserer Branche: für jedes Konzert muß vom Veranstalter ein nicht geringer Prozentsatz (dieses Jahr 4,4%, die Jahre zuvor zwischen 4,9% und 5,8%) an die KSK abgeführt werden – als Konzertkosten müssen diese Beiträge über den Ticketpreis an die Konzertbesucher weitergegeben werden.

Meine Frage daher:

**Werden Sie sich für eine Erhöhung des Bundeszuschusses zur Künstlersozialkasse auf das Niveau von vor 2000 einsetzen?**

4.

In vielen Fällen ist die Arbeit subventionierter Kulturbetriebe der freien Szene (etwa freie Theater, freie Tanzgruppen, Avantgardespielstätten, Kindertheater) nur durch hohe Selbstaussbeutung zu leisten. Laut einer aktuellen Studie hat in der Kultur nur noch jeder Zweite einen festen Job (nicht selten knapp über Hartz-IV-Niveau). Und von den anderen 50 Prozent, den „Freien“, leben zwei Drittel in prekären Verhältnissen, wie eine Studie über die Lage darstellender Künstler zutage förderte.

**Wie werden Sie sich dafür einsetzen, daß die Beschäftigten und „Macher“ der Kulturträger der freien Szene auf menschenwürdigem sozialen Niveau bezahlt werden können?**

5.

Und, ganz allgemein gesprochen:

**Werden Sie sich für erhöhte Kulturausgaben einsetzen?**

Es ist ja nicht verboten, den Hunderten von Milliarden, die zur Rettung von Banken ausgegeben werden, ein paar Milliarden für „Kulturrettungspläne“ in Ländern und Kommunen folgen zu lassen. Denn: Kultur ist ganz sicher „systemrelevant“, ja: originär „systemisch“! Eine Investition in die gesellschaftliche Zukunft!

6.

Sie werden die öffentliche Diskussion um die „GEMA“ verfolgt haben, nicht zuletzt anhand der Petition, die dem Bundestag vorliegt und die von weit über 100.000 Menschen unterstützt wurde. Allerdings bin ich der Meinung, daß diese Petition zu kurz greift – das Problem ist nicht nur die Anhebung der GEMA-Gebühren, das eigentliche Problem der GEMA ist ihre Struktur, ist die GEMA selbst!

Die GEMA hat eine Struktur, die einzelne Mitglieder einseitig bevorzugt. Wenn zum Beispiel eine Band vom Kaliber Lambchops ein Konzert vor 1000 Menschen gibt, dann bezahlt der Veranstalter eine hohe dreistellige Gebühr an die GEMA. Von diesem Geld sieht die Band, die praktisch nur Eigenkompositionen spielt und die im Grunde ja nun von der GEMA, die so tut, als ob sie die Rechte der Komponisten, Musiker und Songwriter vertreten würde, einen guten Teil der Gebühren erhalten müsste, praktisch kaum etwas – ein niedriger zweistelliger Betrag kommt bei Lambchop und ihrem Songwriter Kurt Wagner an. Dafür erhalten GEMA-Mitglieder wie Dieter Bohlen aufgrund eines absurden Verteilungsschlüssels Gelder, wenn Lambchop ihre eigenen Kompositionen spielen. Und weitere große Anteile der GEMA-Gebühren, die ja letztendlich von den Ticketkäufern, den Konzertbesuchern also, bezahlt werden, landen als „Verwaltungsanteile“ bei der GEMA, ihren gigantischen

Vorstandsgehältern oder in den Verwaltungsbauten. Ein eingetragener Verein, der sich seine eigenen Gesetze macht und Gelder eintreibt, die er praktisch ausschließlich an seine eigenen Mitglieder verteilt, nach einem undurchschaubaren Verteilungsschlüssel. Wie Kollege Marek Lieberberg, der der GEMA „Toilettenparolen“ vorwirft, vorgerechnet hat, erhalten Urheber, die die Möglichkeit einer Direktverrechnung nicht nutzen können, nur 20 bis 25 Prozent der von den Veranstaltern gezahlten GEMA-Beträge. Und selbst deutsche Urheber, bei denen die GEMA die Möglichkeit der Direktverrechnung zulässt, erhalten gerade noch etwa 70 Prozent der durch die GEMA von den Veranstaltern einkassierten Vergütungsbeträge. Daher meine Fragen:  
**Sind Sie der Ansicht, daß die Konstruktion der „GEMA“, also vereinfacht gesagt ein eingetragener Verein, der sich seine eigenen Gesetze macht, zeitgemäß und korrekt ist? Was werden Sie unternehmen, um die Geschäftspraktiken der GEMA zu überprüfen? Wie stehen Sie zur Zukunft der GEMA?**

7.

Damit hängt der Komplex „Urheberrecht“ zusammen. Die Lobbyisten der Tonträgerindustrie fordern eine Art Überwachungsstaat nach französischem Vorbild – die Überwachung und Kontrolle von Internetverbindungen, die Verwarnung bei sogenannten „illegalen“ Downloads und bei dreimaligem „Mißbrauch“ das Sperren der Internetverbindung und mithin die massive Einschränkung des Grundrechts auf Information – wie der französische Wirtschaftswissenschaftler, Kulturphilosoph und Mitterand-Berater Jacques Attali meint eine „totale Überwachung“, ein „Polizeistaat“ („die Kontrolle all dessen, was jemand auf seinem Computer besitzt und was er mit den Inhalten auf seinem Computer macht“).

**Werden Sie sich uneingeschränkt für die informationelle Selbstbestimmung aller Bürger einsetzen? Werden Sie den Bestrebungen der Lobbyisten der Tonträgerindustrie, das Urheberrecht anachronistisch zu verschärfen, entgegenzutreten? Werden Sie sich für ein emanzipatives, den Gebrauchswert betonendes Copyright einsetzen?**

„...wir sollten kein Copyright-System aufbauen, das zugunsten eines speziellen Geschäftsmodells, das im 20. Jahrhundert zufällig dominant war, eine viel wertvollere Form des kulturellen Ausdrucks opfert“ (Lawrence Lessig)

Dies waren sieben Themenkomplexe, die direkt mit unseren Erfahrungen im Konzertwesen zusammenhängen. Aber wir sind auch sonst politisch denkende Menschen, daher erlaube ich mir, diesen Fragen und Forderungen zwei weitere hinzuzufügen, bei denen mich Ihre Position nicht minder interessiert – eine aus der ganz kleinen Welt einer relativ kleinen Firma, eine aus der großen Welt der Finanzpolitik:

8.

Ich will hier nicht ins neoliberale Lied von „zu hohen Lohnkosten“ einstimmen – ganz im Gegenteil, ich finde, wer eine bestimmte soziale Absicherung möchte, muß diese auch finanzieren. Was mir allerdings nicht einleuchtet, ist, warum Bonuszahlungen an Mitarbeiter (Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, Boni aufgrund von besonderen Leistungen usw.) nicht nur der Lohn- und Einkommensteuer, sondern auch der Kranken- und Rentenversicherung unterliegen. Zahle ich Mitarbeitern zum Beispiel einen Bonus von 1000 Euro, dann kommen netto bei den Mitarbeitern wenig mehr als 500 Euro an (während der Arbeitgeber ja mit seinen Anteilen an den Sozialversicherungen noch mehr als 1000 Euro bezahlen muß). Da aufgrund der Konstruktion der Kranken- und Rentenversicherung die Zahlungen durch das Grundgehalt ja bereits abgeleistet wurden, sollten Sonderzahlungen doch nicht mehr zusätzlich der Sozialversicherung unterliegen, sondern ohne Abzug von Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung ausgezahlt werden können. Dies würde nicht nur für die Mitarbeiter weit erfreulicher sein (ein Bonus ist ein Bonus, und kein halber Bonus!), sondern

es wäre auch volkswirtschaftlich sinnvoll, da Zusatzzahlungen in unteren und mittleren Einkommensgruppen in aller Regel nicht angespart, sondern ausgegeben werden, mithin der Wirtschaft zugute kämen.

**Wie stehen Sie zu dieser Forderung?**

9.

Und zu „schlechter“ letzter:

Ein großer Teil der Probleme der Weltwirtschaft ist nach übereinstimmender Meinung praktisch aller Experten durch die sogenannten „Hedgefonds“ entstanden. Diese Hedgefonds wurden hierzulande erst 2004 zugelassen – in großer Einigkeit von damaliger Regierung und dem größten Teil der damaligen Opposition.

Nun werden Hunderte von Milliarden zur Rettung von Banken bereitgestellt – eine der naheliegendsten Schlußfolgerungen wird aber nicht umgesetzt – wenn Einigkeit darin besteht, daß die „Hedgefonds“ volkswirtschaftlich schädlich sind, warum werden Sie dann nicht wieder verboten? Wo man doch scheinbar bis 2004 prächtig ohne sie auskam.

**Werden Sie sich dafür einsetzen, die 2004 hierzulande umgesetzte Zulassung von Hedgefonds zeitnah zu widerrufen?**

Ich bedanke mich dafür, daß Sie sich die Zeit genommen haben, sich mit meinen Fragen und Forderungen zu beschäftigen und sie zu beantworten!

Berlin, 1. September 2009

Berthold Seliger

-----

**Antwort der Partei DIE LINKE auf die Wahlprüfsteine Musikbranche von Berthold Seliger**

Zu 1.

Die Partei DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass auch die populäre Musik entsprechend ihrer Spezifik öffentlich gefördert wird. Ein Schwerpunkt sollte dabei die Spielstättenförderung sein. Daneben ist aber auch eine Förderung von Künstlerinnen und Künstlern sinnvoll. Notwendig ist sie unserer Auffassung gerade im sogenannten „independent“-Bereich. Öffentliche Förderung sollte immer dort ansetzen, wo es der Markt nicht alleine regelt und Freiräume für Kreativität, Unangepasstes, Neues schaffen.

Die „Initiative Musik“ auf Bundesebene bewerten wir zwar in einigen Punkten kritisch, würden sie deshalb aber nicht gleich einstellen wollen. Im Rahmen der Initiative wird derzeit versucht, bestehende Defizite in der Förderung zu beheben, so unter anderem durch die Entwicklung eines „Spielstättenförderpreises“. Im Ergebnis der ersten Bundesfachkonferenz „Plan! Pop 09“ wurde mit der Planung mehrerer durch die Initiative Musik unterstützter Pilotprojekte in einzelnen Bundesländern im Bereich der Spielstättenförderung begonnen. Das halten wir für richtig. Nach Durchsicht der bisher in den einzelnen Bundesländern geförderten Projekte fällt uns allerdings auf, dass sie sehr ungleich verteilt sind und sich auf die sog. „künstlerischen Ballungsräume“ konzentrieren. Zudem ist festzustellen, dass zwar die Künstlerförderung auf breite Resonanz stößt, die Anträge auf Förderung der Infrastruktur aber hinter den Erwartungen zurück bleiben. Infrastrukturprojekte kommen in der Regel aus Umfeldern, die Erfahrung mit dieser Art der Förderung aufweisen. Anders als bei der Filmförderung gibt es in diesem Sektor keine korrespondierende ausgebaute Länderförderung. Das sollte sich ändern. Problematisch ist auch, dass es mitunter sehr lange dauert bis die im Rahmen der Initiative bewilligten Fördermittel tatsächlich bei den Projekten ankommen.

Was die Finanzierung betrifft, so ist der Bedarf zweifellos weit höher. Im Vergleich zur Filmförderung ist die Musikförderung eher bescheiden. Wir setzen uns für eine Gleichwertigkeit in der Förderung der unterschiedlichen kulturellen Bereiche - bei Beachtung der jeweiligen Spezifika - ein.

Zu 2.

Wir plädieren dafür, dass sich alle Kulturstätten stärker für die zeitgenössischen Kunstformen engagieren und ihnen einen angemessenen Platz in ihrem Angebot einräumen. Gerade bei

großen, etablierten Einrichtungen ist ein Missverhältnis im Vergleich zur umfangreichen Präsentation der Werke des kulturellen Erbes zu konstatieren. Auch anspruchsvolle Popmusik sollte in öffentlichen Spielstätten stattfinden können. Wir werden uns deshalb in Bund und Ländern dafür einsetzen, bestehende Disproportionen in der Kunst- und Musik-Förderung, die immer noch stark auf den Bereich des „Klassischen Erbes“ ausgerichtet ist, zu überwinden.

Zu 3.

DIE LINKE setzt sich für den Erhalt und die Stärkung der Künstlersozialversicherung ein. Sie gehört zu den wichtigsten kultur- und sozialpolitischen Errungenschaften der Bundesrepublik und darf nicht Preis gegeben werden. Sie ist letztendlich Deutschlands größte und effektivste Künstlerförderung und in dieser Art weltweit einmalig.

Der Bundeszuschuss sollte derzeit bei 20 Prozent beibehalten werden. Die abgabepflichtigen Verwerter stärker heranzuziehen, wie es gegenwärtig geschieht, ist aus unserer Sicht der richtige Weg, um die Finanzierung der Künstlersozialkasse auf eine sichere Grundlage zu stellen. Mit der jüngsten Künstlersozialversicherungsnovelle wurde die Kontrolle der Abgabepflicht von Unternehmen deutlich verstärkt. Einzelne Verwerter können sich der Abgabepflicht nun nicht mehr auf Kosten der anderen entziehen. Die Künstlersozialversicherung ruht damit auf breiteren Schultern. Der Abgabesatz für 2009 konnte dadurch schon auf 4,4 Prozent reduziert werden. Im Jahre 2010 soll er nochmals um 0,5 Prozent auf dann 3,9 Prozent abgesenkt werden. Damit werden die zur Zahlung verpflichteten Verwerter im Bereich der Wirtschaft und öffentlichen Verwaltung um rund 20 Millionen Euro entlastet.

Zu bedenken ist auch, dass sich aufgrund des anhaltenden Zustroms von Künstlerinnen und Künstlern zu dieser Einrichtung die Zuwendungen des Bundes für die Künstlersozialkasse in den letzten Jahren deutlich erhöht haben. Sie stiegen laut Angaben der KSK von 75,24 Millionen Euro im Jahr 2000 auf 131,43 Millionen Euro im Jahre 2008. Von einem weiteren Anstieg ist auszugehen.

Zu 4.

Wir wenden uns gegen den Abbau fester Stellen im kulturellen Bereich und treten für eine langfristige ausreichende Finanzierung der öffentlichen Kultureinrichtungen und der Projekte freier Träger ein. Wir engagieren uns für den Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigung in sozialen und kulturellen Tätigkeitsfeldern. Die eigentliche Herausforderung aber besteht darin, der wachsenden Zahl von freiberuflich Tätigen ein existenzsicherndes Auskommen zu ermöglichen. Die Ergebnisse der aktuellen Studien zur Einkommenssituation der „Freien“ sind alarmierend. Sie verweisen zudem darauf, dass wir mit den bisherigen Vorstellungen von einem „Normalarbeitsverhältnis“ und der Unterscheidung in „Feste“ und „Freie“ unter den veränderten Bedingungen nicht weiter kommen. Gerade im Bereich der darstellenden Künste wird vielmehr zwischen selbständigen und befristet beschäftigten Tätigkeiten hin und her gewechselt. Wir sind derzeit mit Wissenschaftler/innen, mit den Gewerkschaften und den Verbänden darüber in der Diskussion, welche Lösungen hier sinnvoll sind. Wir brauchen auch bei der Honorierung von Künstlerinnen und Künstlern der freien Szene Regeln für eine angemessene Vergütung - so etwas wie einen branchenspezifischen Mindestlohn. Das muss im Kulturbereich sicher anders und spezifisch geregelt werden. Wir müssen aber eine Lösung finden. Darüber hinaus plädieren wir für eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie Mindestsicherung für alle Bürgerinnen und Bürger, die über kein ausreichendes Einkommen und Vermögen verfügen.

Zu 5.

Wir werden uns vor allem in den Ländern und Kommunen für eine Erhöhung der Kulturausgaben einsetzen. Die Kulturausgaben auf Bundesebene sind in den letzten Jahren gestiegen. Auch für den Haushalt 2010 ist eine Steigerung vorgesehen. In den Ländern und Kommunen aber sieht es anders aus. Aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise steuern die Städte und Gemeinden auf noch massivere Haushaltsprobleme zu. Es ist zu erwarten, dass Kürzungen vor allem zu Lasten der sog. freiwilligen Aufgaben gehen. Dieser Trend muss gestoppt werden, sind Kulturausgaben doch eine Investition in die Zukunft - in die Demokratie wie auch in die Wirtschaftskraft. Insofern sollten wir gerade jetzt auf Kultur setzen und diesen Willen auch in der

Verfassung festhalten. Das Staatsziel Kultur gehört ins Grundgesetz gerade jetzt. Und wir brauchen darüber hinaus in den Ländern verpflichtende gesetzliche Regelungen für die Förderung von Kultur in den verschiedenen Sparten, insbesondere im Bereich der kulturellen Bildung.

In der „Mehrkommunengroßstadt“ Berlin geht es gegenwärtig darum, den Kulturabbau in den Bezirken zu stoppen. Bezirkliche Kultur- und Bildungsarbeit ist für Berlin unentbehrlich und gehört zum Kernbereich staatlicher und kommunaler Aufgabenerfüllung. Wir engagieren uns dafür, die auf Landesebene auf Druck der Linken erreichte Aufstockung der Bezirkszuweisungen um 90 Millionen Euro in den Bezirken zum Erhalt von Kultur und Bildung zu nutzen.

Zu 6.

Aus unserer Sicht stehen sowohl Reformen im Urheberrecht als auch in der Struktur und Arbeitsweise der Verwertungsgesellschaften an. Die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ hat sich auch mit den Verwertungsgesellschaften auseinandergesetzt und Empfehlungen für Veränderungen gegeben, die derzeit schrittweise umgesetzt werden. Es geht dabei aber keineswegs um die Abschaffung sondern vielmehr um die Stärkung des Systems der kollektiven Rechtswahrnehmung durch Verwertungsgesellschaften. Sie sind als wichtiges Element zur Sicherung der kulturellen Vielfalt in Deutschland aufrechtzuerhalten und derzeit vor allem auf europäischer Ebene zu verteidigen. Die LINKE wendet sich gegen eine rein wettbewerbsorientierte Neuausrichtung der Rechtswahrnehmung.

Rechte und Pflichten der Verwertungsgesellschaften – so auch der GEMA - sind im Urheberrechtswahrnehmungsgesetz klar geregelt. Sie können also keineswegs tun und lassen, was sie wollen. Bei den anstehenden Reformen geht es darum, dass die Verwertungsgesellschaften und insbesondere die GEMA ihren gesetzlich festgeschriebenen sozialen und kulturellen Aufgaben wie auch ihren Verpflichtungen zur Transparenz besser nachkommen. Darauf werden wir drängen. Im Dialog mit den Verantwortlichen werden wir auch die besonderen Probleme der kleinen Veranstalter zur Sprache bringen, die in der Petition zur Reformierung der GEMA dargelegt sind. Allein die große Beteiligung verweist auf die Relevanz dieses Problems.

Die Aufsicht und Kontrolle durch die öffentliche Hand muss deutlich verstärkt werden. Eine allgemeine Prüfung reicht hier nicht aus, vielmehr ist es auch im Einzelfall nötig zu kontrollieren, ob die GEMA ihren gesetzlichen Verpflichtungen ordnungsgemäß nachkommt. Dazu war das Deutsche Patent- und Markenamt unverständlicher- und bedauerlicherweise in den letzten Jahren nicht in der Lage. Eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung dieser Aufsichtsbehörde ist dringend nötig.

Zu 7.

Bei der Anpassung des Urheberrechts an die neuen Bedingungen des digitalen Zeitalters steht die Frage, wie einerseits der Schutz des geistigen Eigentums und andererseits der freie Zugang zu Bildung, Wissen und Kultur besser gewährleistet werden kann. Das Urheberrecht darf nicht zum „Industrierecht“ verkommen, sondern muss die Interessen der Kreativen in den Mittelpunkt stellen.

Auch in der Frage des Schutzes von Urheber- und Leistungsschutzrechten aus geistiger Produktion steht für uns die soziale Absicherung der kreativ Tätigen im Mittelpunkt unserer Politik. Diese geht einer individuellen kreativen Leistung voraus und muss mit den außerordentlichen Möglichkeiten und Chancen digitaler Wissens- und Kulturverbreitung in Einklang gebracht werden. Das Internet bietet Chancen, neue Geschäftsmodelle im Sinne der Nutzer wie auch der Kreativen zu entwickeln. Sie gilt es zu fördern. In diesem Zusammenhang prüfen wir auch die derzeit diskutierten verschiedenen Modelle einer „Kulturflatrate“.

In Deutschland ist die private Vervielfältigung zwar erlaubt, kann aber derzeit nicht umfassend gegen technische Schutzmaßnahmen durchgesetzt werden. Im digitalen Umfeld begehen private Endnutzerinnen und -nutzer oft unbewusst Urheberrechtsverletzungen. Diese Grenzüberschreitungen auch dann zu kriminalisieren, wenn sie sich im Bagatellbereich bewegen, ist der Akzeptanz des Urheberrechts abträglich. DIE LINKE hat sich daher für eine Bagatellgrenze im Urheberrecht sowie für das Recht auf Privatkopie ausgesprochen. Kriminalität im Netz muss mit rechtsstaatlichen Mitteln verfolgt werden. Sperren und

Überwachung von Internetverbindungen lehnen wir als einen tiefen Eingriff in die verfassungsmäßig garantierte Informationsfreiheit ab.

Zu 8.

Wir unterstützen Ihre Forderung nicht. Sie würde das Aufkommen zur Finanzierung der sozialen Sicherungen verringern. Das liegt letztlich nicht im Interesse der Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen – im Gegensatz dazu - das Aufkommen erhöhen.

Im Rahmen der Bürgerversicherung für das Gesundheitswesen fordern wir, auf alle Einkommensarten gleichermaßen Beiträge abzuführen. An einer anderen Stelle neue Schlupflöcher zu schaffen, mit der die Beitragspflicht für bestimmte Einkommensarten umgangen werden könnte, wäre nach unserer Meinung nicht gerecht: Ein jede/r soll entsprechend seiner Leistungsfähigkeit zur Finanzierung des Gesundheitswesens beitragen. Insgesamt könnte dann das höhere Beitragsaufkommen entweder für verbesserte Leistungen oder für einen reduzierten Beitragssatz benutzt werden.

In Bezug auf die Rente gilt dies in ähnlicher Weise, wobei hier hinzukommt, dass die Beiträge die Grundlage für die spätere Renten sind. Das bitten wir doch zu bedenken.

Die Massenkaufkraft wollen wir in der Tat stärken. Dabei setzen aber auf andere Instrumente - vom Mindestlohn bis zur Steuerreform; das hilft den Betroffenen besser, weil es die Finanzierung der sozialen Sicherung nicht belastet. Damit sollen schließlich vernünftige Renten und ein sozial gerechtes Gesundheitssystem finanziert werden.

Zu 9.

Wir setzen uns dafür ein, die 2004 beschlossene Zulassung von Hedgefonds rückgängig zu machen. Die Fraktion DIE LINKE im Bundestag hat schon im Jahre 2005 die Bundesregierung in einem Antrag aufgefordert, die im Investmentmodernisierungsgesetz geregelte Zulassung von Hedgefonds zurückzunehmen (BT. Drs. 16/113).